

Die verdrängte rassistische Gewalt der frühen 1990er Jahre.

Ulrich Herbert

Konferenz „Deutscher Herbst 1991. Das vereinigte Deutschland, der 3. Oktober und die Herausforderung rechter Gewalt“, Halle, 1.10.2021

Vielleicht beginnt man die hier zu erzählende Geschichte im Jahr 1982. Im November dieses Jahres sprachen sich 39% der befragten Westdeutschen dafür aus, die Gastarbeiter sollten wieder in ihr Land zurückkehren. Bis März 1982 stieg diese Zahl auf 68%, im Juni 1982 auf 77%, im März 1983 auf 80%. Ein so massiver Meinungswandel binnen so kurzer Zeit war in der Geschichte der Bundesrepublik nahezu ohne Beispiel. Was war geschehen? Die Bundesrepublik erlebte die bis dahin tiefste Wirtschaftskrise seit der Nachkriegszeit, mit erstmals über zwei Millionen Arbeitslosen: eine Struktur-, keine Konjunkturkrise, die in erster Linie un- und angelernte Arbeiter aus den klassischen Industriebranchen traf. Zugleich hatte sich gezeigt, dass die Zahl der „Gastarbeiter“ nach dem Anwerbestop von 1973 nicht zurück ging, sondern durch Familiennachzug weiter zunahm. Die Debatte drehte sich darum, ob man ausländischen, vor allem türkischen Kindern über sechs Jahre den Nachzug zu ihren Familien in Deutschland verbieten sollte. Durch den Bürgerkrieg im Libanon und den Militärputsch in der Türkei kamen zudem Asylbewerber ins Land, 1980 erstmals mehr als 100.000. Danach sank die Zahl zwar wieder auf Werte um 30.000, die öffentliche Debatte um Gastarbeiter, Flüchtlinge, Asylbewerber wurde jedoch fortan mit stetig zunehmender Schärfe geführt. Vor allem seit in der Regierung Kohl Friedrich Zimmermann das Innenministerium übernahm, der seine Leitlinie so erläuterte: „Eine harte Ausländerpolitik senkt die Sozialkosten.“¹

Um die erwünschte Verringerung der Zahl der Asylbewerber zu erreichen, konnte man die Verfahren beschleunigen, die Kriterien für das Recht auf Asyl verschärfen, die Zugangsmöglichkeiten in die Bundesrepublik erschweren, die abgelehnten Bewerber schneller ausweisen und die Lebensbedingungen in Deutschland mit dem Ziel der Abschreckung verschlechtern - all diese Wege wurden in den folgenden Jahren auch beschritten, wenngleich mit insgesamt nicht großem Erfolg.

Brisant wurde die Thematik, als mit dem Zerfall des Sowjetimperiums und des vor dem Bürgerkrieg stehenden Jugoslawien die Zahl der Asylbewerber seit 1988 auf über

100.000, 1990 auf fast 200.000 hochschnellte. Die Union, aber auch eine Reihe sozialdemokratischer Kommunalpolitiker, forderten daraufhin eine Änderung des Artikels 16 des GG, der das Recht auf Asyl enthielt. Dazu aber war eine Grundgesetzänderung notwendig, die die Union nur zusammen mit der SPD erreichen konnte. Die aber war zum weit überwiegenden Teil gegen eine Abschwächung des Rechts auf Asyl.

Aus diesem Konflikt entwickelte sich nun eine zunehmend polarisierte Debatte, die Anfang der 90er Jahre schließlich zu einer der schärfsten innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik mit weitreichenden politischen und sozialen Nachwirkungen führte. Und obwohl die Mehrheit der Asylbewerber aus Osteuropa stammte, vor allem aus Polen und Jugoslawien, richtete sich die Agitation in erster Linie auf Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika.

Nun wurde auch die Wortwahl drastischer. Der bayerische Ministerpräsident Strauß warnte: „Es strömen die Tamilen zu tausenden herein, und wenn sich die Situation in Neukaledonien zuspitzt, dann werden wir bald die Kanaken im Land haben.“² Und der CDU-Politiker Abelein konstatierte: „Wenn es zu einem Umsturz kommt in irgendeinem Land Afrikas, dann wird der Mehrheits-Stamm, der an die Regierung gekommen ist oder der eben an die Macht gekommen ist, den anderen Stamm massakrieren. Hier handelt es sich um Millionen von Menschen. Nun frage ich: Ist es die Absicht von denen, die politische Verantwortung tragen, jenen die Möglichkeit zu geben, juristisch gerichtlich einklagbar, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen?“³

Bereits während des Bundestags-Wahlkampfes 1987 zeigten sich erste Nebenerscheinungen solcher Aussagen. Überfälle von „Skinheads“ auf Ausländer, erste Überfälle auf Asylbewerberheime zeigten an, dass sich die rechtsradikale Szene durch diese Thematik beflügelt sah – allein im Jahre 1986 zählte die Polizei sechzig Fälle ausländerfeindlicher Aktionen, wie etwa einen Brandanschlag auf Notzelte in Westberlin, die Überflutung eines als Asylunterkunft vorgesehenen Gebäudes in Hessen oder die Inbrandsetzung eines als Asylunterkunft vorgesehenen einstigen Erholungsheims.⁴

Mit der Wiedervereinigung und dem Bundestagswahlkampf 1990 spitzte sich die Lage zu. Die Forderung einer Veränderung des Grundrechts auf Asyl wurde zu einem Schwerpunkt des Wahlkampfes der Union unter dem Generalsekretär Volker Rühle, der alle Kommunalpolitiker seiner Partei in einem Rundschreiben aufforderte, im gesamten

Bundesgebiet „die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD dort herauszufordern“. Der bayerische Innenminister Stoiber unterstützte dieses Vorhaben mit den Worten: „Das Grundgesetz wird anscheinend dann erst geändert, wenn den Altvorde- ren Altvorderen in Bonn, die bar jeglicher praktischen Erfahrung sind, einmal das Feuer unterm Hintern von ihren eigenen Leuten angezündet wird.“

Hier offenbarte sich eine der Kennzeichen der Anti-Asyl-Kampagne: Kommentierung und Berichterstattung über die Zuwanderung von Flüchtlingen und die ausbleibende Änderung des Grundgesetzartikels über das Asylrecht forcierten das, was „wachsender Unmut in der Bevölkerung“ genannt wurde. Der wiederum, so wurde dann gewarnt, werde - wenn nicht bald das Grundgesetz geändert werde - möglicherweise bald in gewalttätige Aktionen umschlagen.

So entstand ein politisches Klima, in dem vor allem Jüngere zumindest den Eindruck gewinnen konnten, Überfälle auf Ausländer seien legitim und würden womöglich augenzwinkernd geduldet. Die erste politische Erfahrung, die die Ostdeutschen im wiedervereinigten Deutschland machten, war eine hochemotionalisierte Asyldebatte, in der die Gewalt gegen Ausländer als Gefahr beschrieben, aber auch als Drohung verstanden wurde.

Kein anderes Thema, so zeigten die Umfragen, bewegte die Deutschen so sehr wie die Asylproblematik. Von Juni 1991 bis Juli 1993 war danach das Thema „Asyl/Ausländer“ das wichtigste Problem weit vor der deutschen Einheit und der Arbeitslosigkeit – mit Spitzenwerten von nahe 80% im Sommer 1991 und Sommer 1992. Rund 40% der jungen Ostdeutschen empfinden Ausländer zumindest als ‚lästig‘...Jeder vierte hält sogar ‚Aktionen gegen Ausländer‘ für richtig.“⁵

Schon nach kurzer Zeit häuften sich die Berichte über die Ablehnung und Feindseligkeit, die den Asylbewerbern in ihren neuen Umgebungen entgegenschlugen, über Versuche von Kommunen, die ungeliebten Gäste wieder loszuwerden, und über erste Übergriffe auf Flüchtlinge.

Einen ersten negativen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung, als am Ostersonntag 1991 in Dresden Jugendliche einen aus Mosambik stammenden ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter überfielen und aus der fahrenden Straßenbahn stießen; der Mann starb an seinen Verletzungen.

Vom 17. September an belagerten einige hundert Jugendliche über mehrere Tage hinweg ein Wohnheim für Ausländer im sächsischen Hoyerswerda, in dem Asylbewerber

und ehemalige Vertragsarbeiter wohnten. Die Ereignisse von Hoyerswerda zogen zahlreiche weitere ausländerfeindliche Anschläge und Übergriffe nach sich. Allein in den 14 Tagen nach diesen Ausschreitungen wurden solche Vorfälle aus Freiburg, Deuben/Tackau, Saarlouis, Saarwellingen, Thiendorf bei Dresden, Jüterborg, Spring bei Hannover, Wesendahl in Brandenburg, Weingarten, Kenzingen bei Freiburg, Bodelshausen bei Tübingen, March bei Freiburg, Schwedt in Brandenburg, Tambach im Kreis Gotha, Münster, Hamburg, Essen, Ahlen in Westfalen, Hannover, Herford, Walldorf bei Merseburg und Recklinghausen gemeldet.⁶

Im Oktober 1991 wurden in dem niederrheinischen Ort Hünxe vier libanesischen Flüchtlingskinder nach einem Brandanschlag mit schweren Verbrennungen in ein Krankenhaus eingeliefert.⁷ In Gotha überwältigten Jugendliche vier sowjetische Soldaten und warfen sie aus dem Fenster einer Wohnung. In Greifswald griffen mehr als 200 Hooligans nach einem Fußballspiel ein Asylbewerberheim an, dabei wurden 35 Menschen zum Teil schwer verletzt. Die Zahl der Übergriffe auf Ausländer stieg bis auf 78 an einem einzigen Tag.⁸

Im Frühjahr 1992 nahm die Zahl der Übergriffe gegen Ausländer wieder zu. Wie im Jahr zuvor waren es zunächst einzelne Vorkommnisse, die Nachahmer fanden und sich dann im Sommer des Jahres mehrten.⁹ Nun nahm aber auch die Zahl der Toten zu. Bereits am 14. März hatten in Saal bei Rostock 40 Rechtsextremisten ein Asylbewerberheim überfallen und den Rumänen Dragomir Christinel zu Tode geprügelt. Am 25. April erstach ein 21-jähriger Deutscher in Berlin auf offener Straße den Vietnamesen Nguyen Van Tu. Am 8. Juli 1992 prügelten Jugendliche nach einem Überfall auf ein Ausländerwohnheim in Stuttgart den seit 20 Jahren in Deutschland lebenden Albaner Sadri Brisha zu Tode. Am 3. August wurde in Stotterheim in Thüringen der polnische Saisonarbeiter Ireneusz Szyderski von drei Skinheads zu Tode getreten.¹⁰

Ihren Höhepunkt fanden die Ausschreitungen in dem mehrtägigen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen.

Immerhin 13% der Deutschen verstanden die Übergriffe auf die Asylbewerber als „berechtigten Ausdruck des Volkszorns“¹¹ Der CDU-Politiker Heckelmann brachte das offen zum Ausdruck. In Rostock, so betonte er, habe sich nicht Rassismus geäußert, „sondern der vollauf berechtigte Unmut über den Massenmissbrauch des Asylrechts.“¹²

Auf der anderen Seite entwickelte sich nun aber in der deutschen Gesellschaft ein allmählich zunehmender Widerstand gegen diese Exzesse der Ausländerfeindlichkeit, der sich in Demonstrationen und Kundgebungen mit großer Beteiligung äußerte und das politische Klima in der Republik nachhaltig beeinflusste. Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung verurteilte Gewalt gegen Ausländer. Aber die weit überwiegende Mehrheit sprach sich auch für die Änderung des Asylartikels aus.

So blieb der Druck auf die Sozialdemokraten, das Asylrecht zu ändern, immens. Am 16. November 1992 stimmten sie schließlich auf einem Sonderparteitag der Änderung des Asylartikels zu. Damit war der Weg zur Änderung des Grundgesetzes frei. Am 26. 5.1993 wurde das Gesetz im Bundestag mit 521 gegen 132 Stimmen verabschiedet. Damit war Deutschland gegenüber Zuwanderung auf dem Asylweg praktisch abgeriegelt. Politisches Asyl konnte seither nur noch erlangen, wer mit dem Flugzeug nach Deutschland kam.

Die Brandanschläge und Überfälle auf Wohnungen und Wohnheime von Ausländern setzten sich aber fort. Am 23. November 1992 hatten zwei Jugendliche ein von Türken bewohntes Haus im schleswig-holsteinischen Mölln in Brand gesetzt. Drei Insassen, eine Frau und zwei Mädchen verbrannten. Am 29. Mai 1993, einen Tag nach der Verabschiedung des Asylgesetzes im Bundestag, setzten Jugendliche ein von Türken bewohntes Haus in Solingen in Brand. Fünf Menschen, drei Kinder und zwei Erwachsene, starben nach diesem schrecklichsten der ausländerfeindlichen Anschläge.

Der sogenannte Asylkompromiss führte dazu, dass die Zahl der Asylbewerber in Deutschland deutlich zurückging.- von 430.000 im Jahr 1992 auf 166.000 1995 und 40.000 2005. Mit dem Dubliner Übereinkommen von 1997 wurden die Prinzipien der deutschen Asylpolitik gewissermaßen europäisiert, und die „Festung Europa“ entstand.

Der Rechtsradikalismus in Deutschland – in ganz Deutschland, besonders stark aber in den Ostländern – hatte in den frühen 1990er Jahren eine enorme Dynamisierung und sozialisative Kraft gewonnen. Am deutlichsten wird dies in der Geschichte des Nationalsozialistischen Untergrunds. Die drei NSU-Leute waren von 1990 bis 1993 aktiv an den Überfällen und Pogromen beteiligt, hier vernetzte sich die zuvor schon existierende, aber noch ungefestigte Nazi-Szene in Thüringen. Aber als zwischen 2000 und 2007 die Morde an neun Migranten bekannt wurden, wurde weder bei den

Behörden noch dem Großteil der Medien irgendein Zusammenhang zu den rechtsextremen Pogromen der frühen 1990er Jahre gedacht. Vielmehr wurden die Ereignisse ziemlich systematisch verdrängt oder auch nur ignoriert. Weder 2001/2 noch 2011/12 gab es größere Artikel oder Sendungen zu dieser Thematik.

Zwischen 1990 und 2005 gab es nach Angaben der Bundesregierung insgesamt 75 Tötungsdelikte an Ausländern mit fremdenfeindlichem Hintergrund. Nach Angaben von Initiativen gegen Rechtsextremismus in Deutschland waren es von 1990 bis 2005 178 Tötungsdelikte.

¹ Staatssekretär Spranger n. Der Spiegel, 10.9.1984, „Harte Politik“.

² Der Spiegel, 22.2.1985, „Offenes Bekenntnis“.

³ Auszug aus einer Debatte in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, in: Der Spiegel, 22.9.1986, „Ich empfehle, maßvoll zu sein“; vgl. FAZ v. 28.9.1985, „Die Kurve der Asylbewerber steigt“; 3.10.1985, „Bonn tut sich ‚ein bisschen schwer‘“.

⁴ Nach Der Spiegel, 20.7.1987, „Revolutionäre Viren“.

⁵ Der Spiegel, 9.9.1991, „Soldaten an die Grenzen“.

⁶ Nach Stern, 2.10.1991; „Überfälle und Anschläge auf Ausländer in ganz Deutschland, SZ, 7.10.1991; „Welle der Gewalt gegen Ausländer“, taz, 7.10.1991.

⁷ Vgl. „Häßliche Details einer Brandnacht“, SZ 25.5.1992.

⁸ SZ (H. Prantl), „Parteitaktisches Lavieren im Rauch der Brandsätze“, 10. November 1991.

⁹ Vgl. „Aggressivität gegen Flüchtlinge wächst“, taz, 31.7.1992

¹⁰ „Alle drei Wochen ein Toter“, Der Spiegel, 7.9.1992.

¹¹ Nach Bade, Ausländer – Aussiedler – Asyl, S. 119.

¹² Nach Ulrich Beck, Biedermann und Brandstifter, Der Spiegel, 9.11.1992.